



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Dr. Markus Büchler, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Entgeltliches Laden von privaten E-Fahrzeugen an öffentlichen Dienststellen in Bayern ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes in Bayern die kostenpflichtige Nutzung von Ladestrom für private Elektrofahrzeuge an Ladesäulen und Wallboxen von staatlichen Dienststellen zu ermöglichen. Dazu soll ein digitales Erfassungs- und Abrechnungssystem für die Nutzung der Ladeinfrastruktur zum Einsatz kommen, das den verbrauchsgenauen Nachweis von Ladestrom ermöglicht und die Daten automatisiert an die öffentlichen Arbeitgeber bzw. Kostenträger übermittelt. Übergangsweise soll eine pauschale Abrechnung für das Laden von Privat-Pkw angeboten werden.

Begründung:

Die mit öffentlichen Mitteln finanzierte Ladeinfrastruktur soll nicht nur dem Dienstverkehr dienen, sondern – im Sinne der Energiewende – auch den Einsatz lokal erzeugten Stroms ausschöpfen. Laden Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes in Bayern ihre privaten E-Fahrzeuge an der Dienststelle, wird verhindert, dass Ladesäulen brachliegen und damit das Potenzial für klimafreundliche Mobilität verloren geht. Im Sinne der Energiewende und eines attraktiven Arbeitsumfelds im Staatsdienst soll das Angebot erhalten bleiben.